



CDU-Fraktion im Rat  
der Stadt Wuppertal



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt  
Wuppertal

*Herrn Oberbürgermeister  
Peter Jung*

## **Gemeinsamer Antrag**

Datum 15.05.2006

**Drucks. Nr.** VO/0528/06  
öffentlich

---

Zur Sitzung am	Gremium
<b>14.06.2006</b>	<b>Hauptausschuss</b>
<b>19.06.2006</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>

---

## **Arbeit für Wuppertal Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 15.05.2006**

### **Beschlussvorschlag**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD beantragen, der Rat der Stadt Wuppertal möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt unterstützt die Bemühungen der ARGE Wuppertal zum qualitativen und quantitativen Ausbau des Integrationsprogramms 2006.
2. Der Ausbau von Beschäftigungsförderungsmaßnahmen darf nicht dazu genutzt werden, die Zahl der Aufträge an Dritte zu verringern oder Personal abzubauen.

Die Verwaltung wird daher beauftragt, in Abstimmung mit allen Arbeitsmarktakteuren eine „Wuppertaler Erklärung für Arbeit und Beschäftigung“ vorzubereiten, in der die Rahmenbedingungen für den deutlichen Ausbau von beschäftigungsfördernden Maßnahmen benannt werden.

Die Verwaltung verpflichtet sich in dieser Erklärung, die Ausgaben für externe Vergaben festzuschreiben. Sie verpflichtet sich weiter, den Ausbau von Beschäftigungsförderungsmaßnahmen in den Verwaltungsbereichen, in denen diese angesiedelt werden, nicht zu einem Stellenabbau zu nutzen.

3. Die Trägerversammlung der ARGE Wuppertal wird gebeten, die Federführung für den Prozess zu übernehmen sowie die zur Durchführung der Maßnahmen notwendigen Abstimmungen mit allen Beteiligten vorzunehmen.
4. Die Ergebnisse sollen regelmäßig im „Netzwerk Neues Wuppertal“ sowie im Rat der Stadt Wuppertal kommuniziert werden.

## **Begründung**

### **Problematischer Arbeitsmarkt**

Von 1990 bis 2004 sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Wuppertal um 22 Prozent von 148.000 auf rund 115.450.

Die Anzahl der Industriebetriebe mit mehr als 20 Beschäftigten sank von 342 auf 251, die der Industriebeschäftigten von 58.600 auf 30.000.

Zum Vergleich: Im Ruhrgebiet ging die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Zeitraum um elf Prozent zurück, in NRW um vier Prozent.

Der Beschäftigtenrückgang in Wuppertal findet seine Ursache in einem Rückgang von fast 50 Prozent im produzierenden Gewerbe, dem als Ausgleich nur ein Zuwachs von vier Prozent bei den Dienstleistungen gegenübersteht.

Auch hier ein Vergleich: Auch das Ruhrgebiet verlor im produzierenden Gewerbe deutliche 45 Prozent bei den Beschäftigtenverhältnissen. Doch liegt hier der Zuwachs im Dienstleistungsbereich bei 20 Prozent, was zu einer insgesamt deutlich besseren Bilanz führt.

Diese Zahlen der IHK machen deutlich: Wuppertal hat einen überaus problematischen Arbeitsmarkt und befindet sich mitten im Strukturwandel.

### **Deutlicher Anstieg im Arbeitslosengeld II**

Eine Ursache für den dramatischen Anstieg von Bezieher/innen von Leistungen nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II) ist die problematische Situation des Arbeitsmarktes.

Zählte die Statistik im Januar 2005 noch 19.183 Bedarfsgemeinschaften mit 36.627 Personen, erhielten im Februar 2006 bereits 23.847 Bedarfsgemeinschaften mit 44.599 Personen diese Leistungen. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist damit um 24,31 Prozent innerhalb von nur 13 Monaten gestiegen.

Beim Großteil der „neuen“ Bedarfsgemeinschaften handelt es sich um Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind und daher nicht länger Arbeitslosengeld I beziehen, sondern nun Leistungen nach dem SGB II.

Grundlegende Veränderungen dieses Trends sind nur durch beschäftigungsfördernde Maßnahmen zu erreichen.

### **Schlechtes Ausbildungsniveau**

Insgesamt 82 Prozent der Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II unter 25 Jahre haben keine Berufsausbildung, 35 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben keinen Schulabschluss.

Lediglich 14 Prozent der arbeitslos gemeldeten Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II unter 25 Jahre verfügen über eine Berufsausbildung, vier Prozent über eine Fachhochschul- bzw. Hochschulreife.

Ebenso dramatisch ist die Situation der über 25-jährigen arbeitslos gemeldeten Empfänger/innen von Arbeitslosengeld II: 64 Prozent verfügen über keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Lediglich 28 Prozent haben eine Berufsausbildung abgeschlossen, acht Prozent haben einen Abschluss an einer Universität, Fachschule oder Berufsfachschule gemacht.

### **Reale Kosten der Arbeitslosigkeit: Deutlich mehr als 330 Mio. Euro**

Die realen Kosten von Arbeitslosigkeit liegen deutlich höher als die Ausgaben der ARGE. Denn Arbeitslosigkeit macht krank!

Kaum einschätzbar sind deshalb die Kosten für psychosoziale- und sozialarbeiterische Hilfen sowie die Kosten im Gesundheitswesen.

Mit rund 330 Mio. Euro Ausgaben rechnet die ARGE Wuppertal alleine in diesem Jahr für die Leistungen nach dem SGB II. Darin enthalten sind das Arbeitslosengeld II, die Kosten der Unterkunft, die Beiträge zur Sozialversicherung sowie die Integrationsleistungen und die Verwaltungskosten.

### **Arbeit für Wuppertal**

Die Beschäftigung auf dem 1. Arbeitsmarkt hat Priorität. Deutlich wird aber zunehmend, dass selbst bei positiver Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nur ein Teil der Menschen, die zurzeit keine Beschäftigung haben, auf dem 1. Arbeitsmarkt eine Chance erhalten werden.

Gerade Langzeitarbeitslose mit geringer Qualifikation werden auch in Zukunft große Probleme haben, auf dem 1. Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Situation macht eine weitere Verstärkung der Anstrengungen zur Beschäftigungsförderung notwendig. Dabei können die im Rahmen der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe neu geschaffenen Strukturen, die ihren organisatorischen Ausdruck in der ARGE Wuppertal finden, einen wichtigen Beitrag leisten. Nach der vorläufigen Haushaltsplanung des Bundes (2. Lesung, März 2006) stehen im Jahr 2006 ca. 40 Mio. Euro für Integrationsmaßnahmen zur Verfügung.

Im Rahmen der Ausweitung von Maßnahmen der ARGE Wuppertal sollten deshalb nachfolgende Schwerpunkte gebildet werden:

### **Schwerpunkt Ausbildung**

Der problematischen Ausbildungssituation bei den unter 25-jährigen soll mit nachfolgenden Maßnahmen begegnet werden:

- Förderung von Sprachkursen für Menschen mit Migrationshintergrund
- Ausbau der Hauptschulabschlusskurse
- Förderprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in Betrieben
- Förderprogramme zur Begleitung von Jugendlichen/jungen Erwachsenen in Ausbildungsprojekten
- Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen zur Durchführung von Arbeitsgelegenheiten

## **Schwerpunkt Arbeit schaffen**

Auf Basis der gesetzlichen Rahmenbedingungen im SGB II kann auch ein Beitrag geleistet werden, Wuppertal zukunftsfähiger zu gestalten.

Beschäftigungsmaßnahmen, die auch dazu beitragen, Arbeitslose zu qualifizieren, sind hier ein wichtiger Baustein. Sie sollten in folgenden Bereichen ausgebaut werden:

- Förderung von Existenzgründungen
- Förderprogramme zur Einstellung von Empfänger/innen von ALG II in Betrieben
- Renovierungsoffensive für Schulen und öffentliche Gebäude
- Renovierungsoffensive für Wege und Plätze in der Stadt
- Maßnahmenpaket zur Attraktivitätssteigerung der Wupper
- Umwelt- und Naturschutzprojekte
- Ausbau der Projekte im Bereich der „Haushaltsnahen Dienstleistungen“

## **Einstieg erleichtern**

Mit einem Maßnahmenbündel soll der Einstieg von Langzeitarbeitslosen in den 1. Arbeitsmarkt erleichtert werden. Hierzu gehören neben der persönlichen Begleitung über das Fallmanagement der ARGE hinaus insbesondere

- Programme zur Gewährung eines Ausbildungszuschusses
- Eingliederungsprämien für Jugendliche und Erwachsene
- Prämien zur Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
- betriebliche Trainingsmaßnahmen sowie Eingliederungszuschüsse

## **Wuppertaler Erklärung für Arbeit und Beschäftigung**

Der qualitative und quantitative Ausbau des Integrationsprogramms der ARGE Wuppertal 2006 darf nicht zu einem Abbau von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen oder einer Reduzierung von externen Vergaben führen.

In einer „Wuppertaler Erklärung für Arbeit und Beschäftigung“ müssen diese beiden Bestimmungen daher als unumstößliche Übereinkünfte der Akteure festgeschrieben werden.

## **Verzahnung mit der Agentur für Arbeit**

Zur Zielerreichung sind alle Maßnahmen in enger Abstimmung mit der Agentur für Arbeit Wuppertal abzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Bernhard Simon  
Vorsitzender der CDU-Fraktion  
im Rat der Stadt Wuppertal

Klaus Jürgen Reese  
Vorsitzender der SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt Wuppertal